

Bezugspreis:
Stückzahl 6,75 M., monatl. 2,25 M.
frei ins Haus vorauszahlbar. Einzelne
Nummern 10 Pfennig. Postbezug:
Monatlich 2,25 M., evtl. Postbezugsgelände u.
Deutsches Reich 4,50 M., für das
Äußere Ausland 9,50 M., bei
täglich einmündiger Zustellung 7,50 M.
Postbestellungen nehmen an:
Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. Eingetragene in die
Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich
zweimal, Sonntags einmal.

Vorwärts

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Nonpareilzeile
kostet 80 Pf. „Kleine Anzeigen“,
das festgedruckte Wort 40 Pf. (zählend
2 festgedruckte Worte), jedes weitere
Wort 20 Pf. Stellenanzeigen und
Schlusszeilen des ersten Wortes
80 Pf. jedes weitere Wort 15 Pf.
Worte über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%.
Familien-Anzeigen, politische und
gewerkschaftliche Berichte - Anzeigen
80 Pf. die Zeile. Anzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
E. W. 68, Lindenstr. 3, abgegeben
werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis
6 Uhr abends.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: E. W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 13. Dezember 1918.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., E. W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Fehrenbach beruft den Reichstag ein.

Die Reichsleitung macht ihn für die folgen verantwortlich.

Der Präsident des gemeinsamen Reichstags hat gestern abend
folgendes Schreiben an die gewesenen Reichstagsabgeordneten
ausgehen lassen:
„Die Frist des Waffenstillstandes läuft in den nächsten
Tagen ab. Auch wenn sie verlängert werden sollte, der Ab-
schluß des Vorfriedens muß sofort angestrebt werden.
Wenn das Vaterland vor weiterem ungeheuren Schaden bewahrt
werden soll. Die Nachrichten aus dem Lager unserer Feinde
laufen nun aber mit immer größerer Bestimmtheit dahin, daß
diese der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit
abspitzen, daß sie jedoch die gesetzgebenden Organe
des alten Reichs, Bundesrat und Reichstag, als be-
rechtigt anerkennen zur Schaffung einer legitimen Reichsregie-
rung sowohl, wie auch zur Beschlußfassung über das Wahlgesez
für die Nationalversammlung.

Meine fortgesetzten Bemühungen, Herrn Ebert, im
Interesse der Reichsleitung, von der Notwendigkeit der Berufung
des Reichstags zu überzeugen, sind erfolglos geblieben. Die
Not der Zeit verbietet weiteres Zuwarten und verpflichtet mich,
auch ohne Zustimmung der Regierung, von der in der Sitzung
am 26. Oktober d. J. erhaltenen Ermächtigung zur Be-
rufung des Reichstags Gebrauch zu machen.

Ich berufe deshalb hiermit den Reichstag,
behalte mir aber die Bestimmung von Ort und Zeit der Tagung
noch vor. Die Herren Kollegen bitte ich, sich zur Abreise bereit
zu halten und zur demnächst anzuberaumenden Sitzung voll-
ständig zu erscheinen.

Berlin NW 7, den 12. Dezember 1918.
Fehrenbach, Präsident des Reichstags.

Die gegenwärtige Reichsleitung hat darauf dem gewesenen
Reichstagspräsidenten folgendes erwidert:

„Auf Ihre gest. Schreiben vom heutigen Tage erlauben wir
uns zu antworten:
Die Behauptung, daß die Entente der jetzigen Reichsleitung
die Verhandlungsfähigkeit abspricht, daß sie jedoch Bundesrat
und Reichstag als berechtigt anerkennt zur Schaffung einer
legitimen Reichsregierung wie zur Beschlußfassung über das
Wahlgesez für die Nationalversammlung entbehrt der Be-
gründung. Sie ist nur geeignet, die Entente in Wider-
spruch zu der tatsächlichen Macht der gegenwärtigen Regierung
zu bringen und in den izzigen Glauben zu versetzen, als ob eine ver-
handlungsfähige Regierung nicht vorhanden wäre.
Der Rat der Volksbeauftragten hat wiederholt dargelegt, daß
durch die politische Umwälzung Bundesrat und Reichs-
tag als gesetzgebende Organe zu existieren auf-
gehört haben. Sollten Sie trotzdem den nicht
mehr bestehenden Reichstag einberufen, so
würden Sie die Verantwortung für alle Fol-
gen zu tragen haben.“

Da sich Herr Fehrenbach Ort und Zeit der Einberufung
noch vorbehalten hat, darf man sich noch immer der Hoffnung
hingeben, daß er seinen unbesonnenen und verhängnisvollen
Streich doch noch unterlassen wird. An verwirrenden Ro-
manen fehlt es in der inneren Politik wahrhaftig nicht, so
daß es nicht notwendig ist, noch ein neues hinzuzufügen.
Wir haben eine ungeheure Umwälzung vollzogen — ohne
Bürgerkrieg, an dessen Rand wir oft schon nahe genug
vorbeigekommen sind. Daß wir in diesen Abgrund nicht ge-
stürzt sind, ist das Verdienst der gegenwärtigen, von allen
bürgerlichen Hundsteden gehetzten Reichsleitung und ganz be-
sonders der Sozialdemokraten in ihr. Das wird die Geschichte
einmal anerkennen. Aber Herrn Fehrenbachs Verdienste an
einer ruhigen Vollendung notwendiger Entwicklungen wird
sie vielleicht anders bewerten.

Die Garantie ist dafür gegeben, daß binnen wenigen
Wochen eine Nationalversammlung als wahre
Volksvertretung zusammentreten wird. Eine solche sich zu
nennen, hat der Reichstag keinen Anspruch. Er ist auf Grund
eines beschränkten Wahlrechts und einer ungerechten, die ge-
setzliche Gleichberechtigung aufhebenden Wahlkreisordnung vor
sieben Jahren gewählt, hat also selbst nach der alten Reichs-
verfassung um so weniger Existenzberechtigung, als mit dem
Ende des Krieges die Voraussetzungen für seine verlängerte
Tätigkeit in Fortfall gekommen sind.

Herr Fehrenbach behält sich vor, Zeit und Ort der
nächsten Sitzung noch zu bestimmen. Die Stellung der Reichs-
leitung macht eine Einberufung nach Berlin von vorn-
herein unmöglich, sie macht eine Beteiligung der Sozialdemo-
kraten zum Zweck der Mitarbeit ebenso unmöglich. Polen
und Elßner machen aus anderen Gründen nicht mit. Von

den 397 Abgeordneten würden also 140, mehr als ein Drittel,
nicht mit von der Partie sein. Wie ein nach einem „sicheren“
Ort einberufendes Rumpsparlament von 257 Mitgliedern,
ein rein bürgerliches konterrevolutionäres
Parlament ohne Macht und ohne Bedeutung.
Und dieses reaktionäre Rumpsparlament sollte berufen
sein, der deutschen Republik eine neue Verfassung zu geben,
aus seiner Mitte soll eine neue Regierung gebildet werden?
Auf welche Macht will sich denn diese Regierung gegenüber
der Reichsleitung stützen? Will sie Soldaten anwerben, um
sie gegen die Soldaten der Republik ins Feld zu führen?
Quo vadis, Fehrenbach, wohin geht der Weg?

Aber so wenig der alte Reichstag noch existiert, so wenig
existieren noch seine Parteien. Sie sind alle in Umbildung
begriffen. Wird die neugebildete „Deutsche Demokratische
Partei“, die geschworen hat, die demokratische Republik zu
schützen, mit der äußersten Rechten an der Zerstümmung
dieser Republik arbeiten wollen? Wir sind auf die Antwort
gespannt. Was aber immer ihre Absicht sein sollte, so spricht
doch der größere Teil der Wahrscheinlichkeit dafür, daß dem
bürgerlichen Rumpsparlament jede Aktionsfähigkeit, auch die
gegenrevolutionäre, fehlen, daß es nichts anderes darstellen
würde als ein Häuflein in sich selbst zerfallender Ohnmacht.

Und sogar der Bundesrat will Herr Fehrenbach
wieder zum Leben zu erwecken! Er muß es freilich, denn ohne
Bundesrat kann der Reichstag nach der alten Verfassung keine
Gesetze beschließen. Verfügungen, die er ohne Zustimmung
des Bundesrats mit Gesetzeskraft erlassen wollte, stünden
genau so auf revolutionärem Boden wie die Beschlüsse der
Reichsleitung, wären vom Standpunkt des historischen Rechts
genau so verfassungswidrig wie diese. Den Bundesrat ein-
zuberufen, ist aber nicht Sache des Reichstagspräsidenten. Der
Bundesrat besteht nicht mehr, denn er war von den mon-
archischen Staatsoberhäuptern ernannt, die selbst nicht
mehr existieren. Ja, die ganze deutsche Reichsverfassung war
ihrem Ruf nach ein Fürstenvertrag, und mit den
Fürsten ist sie selbst und alles, was auf ihrem Boden steht, in
die Versenkung verschwunden: auch der Deutsche Reichs-
tag!

Die Auffassung der Reichsleitung ist die einzig staats-
rechtlich richtige und die einzig realpolitisch vernünftige. Herr
Fehrenbach und seine Hintermänner schützen kein bestehendes
Recht, sondern bedauern als hartnäckige Vertreter
bürgerlicher Klasseninteressen neue Gefahren
über unser unglückliches Volk herauf.
Gegenüber der konterrevolutionären Parole: „Einberufung
des Reichstags!“ gibt es nur eine revolutionäre
Parole: „Schnellste Einberufung der Natio-
nalversammlung!“ Das Herrbild der Demokratie, das
der gewesene Reichstag dargestellt hat, wird beim Erscheinen
der echten Demokratie ins Wasserlofe zerfließen. Wir hoffen,
daß die Reichsleitung jetzt einmütig sein wird in dem Ent-
schluß, die Wahlen zur Nationalversammlung zu dem frühest
möglichen Termin stattfinden zu lassen und daß die Zentral-
versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte sie in diesem
Entschluß bestärken wird. Hier ist der Ausweg, der die junge
Republik aus den unabsehbaren Wirren, die ihr drohen, hin-
ausführt. Es gibt keinen anderen!

Beginn der Friedenskonferenz Ende Januar.

Haag, 12. Dezember. (Holländisch Neuwöbureau.) Nach
einer Information der Zeitung „Soir“ steht es fest, daß die
Zusammenkunft der eigentlichen Friedenskonferenz
erst Ende Januar stattfinden wird.

Yokohama, 10. Dezember. (Neuter.) Die japanischen
Delegierten für die Friedenskonferenz reisen heute
nach San Francisco ab.

Eine Verständigung zwischen Böhmen und Ungarn.

Budapest, 12. Dezember. (Holländisch Neuwöbureau.)
Zwischen der tschecho-slowakischen Regierung und der ungarischen
Volksrepublik kam eine Vereinbarung über die detail-
lierte Feststellung der Demarkationslinie
zustande. Danach wird auch ein Teil des Preß-
burger Komitats von den tschechischen
Truppen besetzt.

Die Verschärfung der Blockade.
Von der nordischen Zufuhr abgeschnitten.

Berlin, 12. Dezember. Der durch den Waffenstillstand den
Engländern erlaubte Eintritt in die Ostsee, den sie während
des ganzen Krieges nicht zu erzwingen gewagt haben, hat den
ungehörten Verkehr zwischen deutschen und nordischen Häfen
mit einem Schlag lahmgelegt. Die Engländer verhängen
über die deutsche Ostseeküste die Hungersperre und ent-
ziehen Deutschland auch die Stellen der Versorgung, die es wäh-
rend des Krieges noch hatte. Das geschieht nach Abschluß eines
Waffenstillstandes, in dessen Artikel 26 ausdrücklich die Zufuhr
gemacht war, Deutschland während der Dauer des Waffenstill-
standes in dem als notwendig erkannten Maße mit Lebens-
mitteln zu versehen. Auch die nordischen Länder bleiben nicht
unberührt von dieser neuen englischen Bergewaltigung. So
liegen z. B. in Deutschland mehrere Dampfer mit Salz,
Petroleum usw. für den nordwestischen Deringssang. Die
Gefahr der Kaperung verhindert diese Dampfer, die Fahrt nach
Norwegen anzutreten. Ebenso liegen in nordischen Häfen
Dampfer mit Fischprodukten für Deutschland, die ver-
derben, weil die Engländer ihre Hungersperre auch auf die
Ostsee ausgedehnt haben.

Berlin, 12. Dezember. Amtlich wird der Telegraphen-
Union-mitgeteilt: Admiral Beatty und der englische General in
Span haben dem deutschen Bevollmächtigten gegenüber erklärt,
daß die Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln, wie dies
die Waffenstillstandsbedingungen in Artikel 26 ausdrück-
lich vorsehen, von der Schnelligkeit und dem Wohlwollen abhängig
gemacht werden sollte, mit dem Deutschland die Waffenstillstands-
bedingungen ausführen würde.

Für Vernunft und Gerechtigkeit.

Ein Manifest der französischen Arbeiter an Wilson!
 Genf, 12. Dezember. Der Generalausschuß der fran-
zösischen Gewerkschaftsverbände fordert sämtliche Gewerks-
chaften im Lande auf, nach dem Beispiel der Pariser Ar-
beiter am nächsten Sonntag Versammlungen zu organisieren,
um eine gleichlautende Adresse anzunehmen, die Wilson durch
Vermittlung der amerikanischen Botschaft in Paris überreicht
werden soll. Präsident Wilson, so heißt es in der Einladung
des Generalausschusses, soll wissen, daß seine Sprache
der Vernunft und der internationalen Ge-
rechtigkeit unmittelbar in das Herz der Arbeiter-
massen gedrungen ist, und daß die Partei der Arbeiter ihm
die notwendige Unterstützung bringt, um den Gedanken
des Friedens und des Selbstbestimmungs-
rechts der Völker zum Siege zu verhelfen.

Frankreich droht mit Repressalien.

Mord an französischen Gefangenen in Langensalza?
 Haag, 12. Dezember. (Holländisch Neuwöbureau.) Der „Petit
Parisien“ meldet, daß die Stadt Mannheim besetzt werden
soll, als erste Repressalie gegen den Mord französischer
Gefangener in Langensalza. Andere Repressalien würden
folgen.
 Von diesem Mord ist in der deutschen Presse bisher nichts
bekannt geworden. Ein Wort der Aufklärung tut not.

Die ungarische Krise.

Reaktionen Wählereien.
 Budapest, 12. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)
Vor dem Gebäude des Ministerpräsidentens und dem Kriegsmini-
sterium fand heute vormittag eine große Demonstration von
Arbeitern und Soldaten gegen den Kriegsminister Barthar-
fiat, und zwar deshalb, weil er im Offizierskorps und in der
Partei des Grafen Karolhi eine reaktionäre Entwicklung
eingeleitet hat, die vielleicht sogar einen gegenrevolutionären Ein-
schlag hatte, so daß Teile der Karolhi-Partei den Grafen Karolhi
aufforderten, eine viel gemäßigtere Politik zu verfolgen und sich
von der Sozialdemokratie und den Radikalen
loszulösen. Diese Aufforderung hat Graf Karolhi schon vor
einigen Tagen mit der größten Entschiedenheit abgelehnt. Infolge
der Demonstration hat Minister Bartharfiat heute abend demissioniert.
 Die vor einigen Tagen in Berlin verbreitete Nachricht von
einem Selbstmord des Grafen Karolhi ist vollkommen erfunden.

Die Freiheit der Meere.

Vorschläge Wilsons.

H Haag, 11. Dezember. (Holländisch Neutsbureau.) Daily Express meldet, daß zwischen England und den Vereinigten Staaten halbamtliche Besprechungen über die Frage der Freiheit der Meere stattfanden und daß Wilson mit konkreten Vorschlägen kommen wird, die verlangen, daß Großbritannien seine Forderungen bezüglich des Durchschlagsrechts, der Panwaren und der Blockade aufgibt.

Tast für den Völkerbund.

Basel, 12. Dezember. Wie aus Washington gemeldet wird, erklärte William Taft auf einem Bankett des Roten Kreuzes, daß der ganze Krieg ein großer Fehlschlag gewesen sei, wenn aus der Pariser Friedenskonferenz nicht die Liga der Völker hervorgehe.

Deutschösterreich wählt Mitte Februar.

Wien, 12. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung hatte bereits die Wahlordnung für die Konstituante im wesentlichen fertiggestellt. In der heutigen Sitzung wurde aber nachgerechnet, daß die verschiedenen Fristen für Einsprüche gegen die Wählerliste usw. so angesetzt sind, daß sie es unmöglich machen würden, die Wahlen vor Mitte März durchzuführen. Der Ausschuss hat darum keine Beschlüsse, die Fristen abzukürzen, so daß die Wahl bereits Mitte Februar stattfinden kann. Man nimmt an, daß es möglich sein wird, die Wahl am 15. Februar vorzunehmen, allerdings ist es fraglich, ob die Wahlen in Deutsch-Böhmen und Deutsch-Mähren werden stattfinden können und man wird dort vielleicht Notwahlen vornehmen müssen. Der Staatsrat berätet jetzt darüber.

Die alliierten Heere als „Ketter“.

Kein Mensch wünscht den Einmarsch.

Die Entente verliert mit höchstwilliger Geflissentlichkeit, die junge deutsche Republik von zwei Seiten zwischen die Finger zu nehmen und zu quetschen: ihre Organe malen Deutschland als von wilder Anarchie gerissen und fordern daher Einmarsch der alliierten Truppen als Notmaßnahme und zur Sicherung der finanziellen Ansprüche der Liga; gleichzeitig verbreitet der britische drahtlose Dienst tendenziöse Darstellungen, als „rufe das Volk von Berlin“ nach den Briten als Ketter gegen konterrevolutionäre Kräfte. Die Wahrheit ist: keine Zeitung, kein Redner hat auch nur mit einer Silbe die Feinde von gestern als Ketter der Revolution oder der Ordnung herbeigerufen. Die Reichsregierung und alle verantwortlichen Stellen sind aufs eifrigste bemüht, dem Ausland jeden Anlaß zur Einmischung zu nehmen und sind sich der in solcher Drohung liegenden Gefahr voll bewußt.

Lebensmittel für Wien.

Wien, 12. Dezember. (Holländisch Neutsbureau.) Das „Neue Wiener Journal“ meldet aus Lugano: Argentinien gestattet für Wien die Ausfuhr von 15 000 Waggons Weizen und 20 000 Waggons Mais, die von den österreichischen in spanischen Häfen internierten Schiffe befördert werden sollen.

Wien, 12. Dezember. (Holländisch Neutsbureau.) Die „Neue Freie Presse“ fragt die Entente, ob sie eine Hungersnot über Wien und Deutschösterreich heraufbeschwören will. Wien und das ganze Deutschösterreich könnten sich nur bis Januar fortziehen.

Die neue Regierung Rußlands.

Im Einverständnis mit der Entente.

Stockholm, 12. Dezember. Der frühere russische Ministerpräsident Trepow ist nach „Dagens Nyheter“ hier mit der Bildung einer neuen russischen Regierung aus Männern des zaristischen Regimes beschäftigt. Die Bildung des Kabinetts erfolgt im Einverständnis mit der Entente. Die Mitglieder sollen sich in Finnland versammeln, um sofort nach dem Sturz der Bolschewiki nach Petersburg zu gehen und die Leitung zu übernehmen.

„Und das Licht scheint in der Finsternis.“

Tolstois nachgelassenes Drama.

Die Welt mußte sich bis zum Elend am Rande vollstrecken, damit das Wort Liebe wieder Inhalt für sie gewinnen könne. Sie mußte sich von der Gewalt zur Schlichtung schlüpfen lassen, um dem Gehalten der Gerechtigkeit wieder Eingang in ihr Herz zu geben. Feindschaft mußte sein bis zur Vernichtung alles Lebens, damit der Mensch im Menschen, grauenvoll erwachend, den Bruder wieder erkenne, Abel, den Erschlagenen. Liebe, Gerechtigkeit, Brüderlichkeit soll nun das Gesetz sein, das neue Ordnung in das Chaos, neue Einheit in die Zerstreung, neue Bindung in das Auseinanderfallende bringt. Es ist die große Revolution der Herzen, die, aus dem Glauben des Menschen an den Menschen, erstrebt werden soll. So wird das furchtbare Ende ein neuer Beginn werden, vorangeht, daß der Gedanke sich nicht als diebisch als „zu hart“ für die Menschheit erweisen wird; daß die Plausibilität der Neuen wirklich tief genug in die Herzen eindringen vermag. Denn die wahre Neugeburt kann nur aus der Wahrhaftigkeit der Seelen kommen; aus der aller Selbstsucht sich entäußernden Beilegung des inneren Menschen. „Wenn etwas in der Seele vollbracht ist, wird auch in der Welt eine Wandlung erfolgen“, sagt Leo Tolstoj in seinem Drama „Und das Licht scheint in der Finsternis“, das die Person während des Krieges verboten hatte, und das nun von Max Reinhardt aufgeführt wird.

Das Drama Tolstois ist das Drama von der Idee der Liebe, die als Licht in der Finsternis der Welt erstrahlt, und der die Menschen den Weg versperren. Die Seelen haben sich der Gewalt verkauft, dem Mordtrieb und den bösen Leidenschaften der Lustsucht. Das ganze Leben ist ein Web der Gewalt und der vielfach perzipierten Interessen. Jedes Dasein ist mit der Gewalt verbunden und ist seiner selbst wieder Gewalt über anderes Leben. Naturgesetzmäßige Gewohnheit hat diesen Zustand akzeptiert in den Formen des Staates, der Kirche, der Familie, und jeder an seinem Teil diese Gewohnheit festzuhalten, zu schützen. Nikolai Iwanowitsch sagt zu seinem Sohne Stepa: „Die ganze Nationalökonomie, die du an Universitäten studierst, hat einzig den Zweck, die soziale Lage, in der wir lebend sind und befinden, zu rechtfertigen.“ Und so ist es überall. Jeder ist nur bedacht, die Institutionen zu stützen. Nikolai Iwanowitsch aber ist derjenige, der die Gewalt beim rechten Namen nennt und sie entlarvt als die Wurzel alles Übels; als dasjenige, was die Welt böse macht und dem Abgrund entgegenreißt. Die Gewalt hat die Schöpfung verflucht und verdorben und eins ist nur, das die Welt zu erlösen vermag: die Liebe. Ueber die Kirche, die auch nur eine Einrichtung der Gewalt

Wertlose Demagogen.

Eine Stimme der Mäßigkeit.

Notterdam, 12. Dezember. „Westminster Gazette“ schreibt: Die Leute, die ihren Wählern erklären, daß sie in dem neuen Parlament für die sofortige Aufhebung der Dienstpflicht stimmen werden, und ihnen versprechen, daß Deutschland gezwungen werden wird, alle Rechnungen der Alliierten bis zum letzten Cent zu bezahlen, sind wertlose Demagogen. Ihre Politik würde eine militärische Belegung Deutschlands auf viele Generationen hinaus und die Verbeibehaltung militärischer Einrichtungen in ganz Europa während dieser Zeit erfordern. (Das gilt auch Lloyd George.)

Verschleppung von Deutschen aus dem besetzten Gebiet.

Berlin, 12. Dezember. (WZV) Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir: Circa 1000 junge Männer, Söhne von altdeutschen Eltern, sind aus Straßburg zur Zwangsarbeit nach Belgien abgeführt worden.

Waffenablieferung!

Das an nichtamtlichen Stellen verwahrte und in den Händen Ueberflüssiger befindliche Heeresgerät sollte bereits nach einer früher erlassenen Verordnung abgeliefert werden. Bisher ist die Verfügung nicht in wünschenswertem Umfang berücksichtigt worden. Es ist anzunehmen, daß die Verfügung demnächst ins Gedächtnis zurückgerufen und zu ihrer Befolgung angehalten wird.

Gesetz über die Bildung einer Volkswehr.

Die Reichsleitung hat gestern ein Gesetz über die Bildung einer Volkswehr beschlossen, das in seinem Hauptinhalt folgendes belagt:

Die Bildung der Volkswehr erfolgt außerhalb des Rahmens des Heeres. Ihre Aufgabe ist es, die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrecht zu erhalten. Sie beruht auf dem Grundlag der Freiwilligkeit, ihre Zahl und ihre Stärke wird nur von der Reichsleitung bestimmt. Ihre Mitglieder werden durch Handschlag auf die sozialistische und demokratische Republik verpflichtet. Der freiwillige Eintritt erfolgt zunächst auf sechs Monate, die Freiwilligen wählen ihre Führer selbst.

Die Mitglieder der Volkswehr werden, wie die übrigen Soldaten, bekleidet und ausgerüstet. Ueber ihre Gehaltsverhältnisse und ihre Abzeichen erfolgt später eine besondere Verordnung.

Zu den Vorgängen vom 6. Dezember.

Eine Erklärung von Colin Ross.

Kamerad Colin Ross schreibt uns: Nachdem der Volksgesundheitsrat meine Haftentlassung infolge Halslosigkeit der gegen mich erhobenen Beschuldigungen verfügt hat, erübrigt sich meinerseits eine Erklärung, daß ich an den Vorgängen vom 6. Dezember nicht beteiligt war. Mein Name wurde dadurch mit jenen Vorgängen verknüpft, daß ich zusammen mit einer Reihe von Soldatenräten Berliner Regimenter an der Schaffung einer festen Organisation der Truppen des Gardekorps arbeitete. Die Regimenter des Gardekorps sollten unter ihrer selbstgewählten Führerschaft zu einer festen militärischen Organisation verschmelzen werden. Dadurch wäre der Kern eines revolutionären Heeres geschaffen worden, das unbedingt hinter der Regierung steht und dieser die Grundlage zu einem festen Kurs gibt und die Kraft, Putschversuchen von rechts und links energig entgegenzutreten.

Diese in die Wege geleitete Organisation und die bei den Truppen vorhandene starke Mißstimmung gegen den Volksgesundheitsrat ist nun von unbefugter Seite — es ist wohl noch unklar, ob es sich um gegenrevolutionäre Elemente, oder nur um jugendlichen Unbedacht einzelner handelte — zu dem tödlichen Putsch vom 6. Dezember mißbraucht worden.

Als ich von den gegen mich erhobenen Anschuldigungen hörte, stellte ich mich selbstverständlich ganz zur Verfügung; denn unbeschadet aller sachlichen Gegnerschaft erachte ich es nicht nur als Pflicht, sondern als die Pflicht einer revolutionären Körperschaft im Verdachtsfall gegenrevolutionärer Umtriebe, die ihn in seiner Existenz bedrohen, ohne Rücksicht auf die Person sofort energig durchzugreifen. Nur dagegen wehrte ich mich entschlie-

ist, ihre perfideste Einrichtung, weil sie das Heilige mißbraucht, um die Gewissen zu quämen, — über die Kirche hinweg sucht er den Christus, der in der Verantwortung das Gesetz der Liebe verkündet, und von ihm aus sucht er die Welt neu einzurichten. Der Wille Gottes aber ist: das Gesetz der Liebe in der Welt zu verwirklichen. Und so will Nikolai Iwanowitsch alles dahingeben und in ewiggläubiger Kunst leben, wie die urchristlichen Kommunisten. Doch mit seinem Willen rüttelt er an den Grundlagen eines Daseins, das nicht allein sein Dasein ist. Er wird zum Umstürzler, wird zum Unglücksbringer. Er möchte bis zum Ende gehen, wie Boris, der sich selber zum Opfer gibt. Aber vor ihm türmt sich seine Tat auf als ein Weg, der über Schicksale hinwegwehrt, und das Fagen spaltet ihn. Er läßt sich zum Kompromiß verleiten. Die Idee lebt in ihm, und er läßt nicht von ihr mit seinem Dasein. Doch sein menschlicher Wille biegt sich vor dem Neukerzen der marxistischen Konsequenz. Mit diesem tragischen Anstoß endet das Stück. Den letzten Akt vollendet Tolstoj nicht. Nach dem Entwurf aber sollte Nikolai Iwanowitsch die Genugtuung erleben, wenigstens in der Ferne das gelobte Land zu sehen, das er nicht betreten durfte.

Dieses Stück, das als Entstehungszeit die Jahre 1883—1900, 1902 trägt, ist Tolstois persönlich, schmerzliches Bekenntnis. Er ist geboren aus dem Kampf des Dichters um seine Idee, indem er vor seiner Umgebung menschlich ebenso erlag, wie sein Nikolai Iwanowitsch, bis er seinem Leben jenen letzten Akt gab, die denkwürdige Nacht, die ihn in die Freiheit und in den Tod führte. Wenn man das Werk richtig beurteilen will, muß man es als Bekenntnis, als Bekende nehmen. Auf Kunst kam es Tolstoj gar nicht an, sondern auf die Wahrhaftigkeit, dadurch sich die Seele reinigt. Stepa sagt einmal: „Die Kunst ist alle Mittel des Daseins.“ Boris aber antwortet: „Am Genetral: sie verdunkelt sie nur und stummt das Interesse für sie ab.“ Diese Auffassung der Kunst ist ungerichtet und irreführend; aber sie kennzeichnet Tolstoj, der nicht mehr Dichter, sondern Prophet, Verkünder sein wollte. Das Wort aber, das Nikolai Iwanowitsch aufrecht hält, ist dieses: „Wenn etwas in der Seele vollbracht ist, wird auch in der Welt eine Wandlung erfolgen.“

„Und das Licht scheint in der Finsternis“... Die Tragödie Nikolai Iwanowitsch, die die Tragödie Leo Tolstois war, ist überhaupt diejenige des Gedanken der Liebe, die seit zwei Jahrtausenden gegen die Gewalt kämpft. Als Karl Kraus einmal schrieb: das Christentum hat sich im Arge als zu schwach erwiesen, antwortete Annette Kolb: nein, es hat sich als zu hart für die Menschheit erwiesen. „Zu hart“: das ist das Tragische des großen Weltgedankens. Er mußte Kompromisse schließen, die ihn kälteren Deute aber ist er, noch dem schlimmsten Schreck, der die Menschheit schüttelte, neue Macht in den Seelen. Peter Gomecher.

den, wenn von mancher Seite voreilig, ohne das Resultat einer Untersuchung abzuwarten, absprechende Urteile über mich gefällt wurden. Ich brauche wohl nicht ausdrücklich zu betonen, daß weder derartige Angriffe noch Lappalien wie eine Inhaftierung in Revolutionszeiten mich auch nur im geringsten in meinem festen Glauben an die gute Sache erschüttern könnten.

Ich bin und bleibe Sozialist.

Colin Ross.

Stinnes und Thyssens Gegenklage.

Wie eine hiesige Korrespondenz mitteilt, werden die wegen angeblichen Hochverrats verhaftet gewesenen rheinischen Großindustriellen Thyssen, Stinnes, Herle, Rohner, Weder und Birk sich nunmehr zusammenschließen, um gegen die Urheber der gegen sie verbreiteten Gerüchte strafrechtlich vorzugehen. Nach der Behauptung der Schwerindustriellen, die wir hier natürlich nicht nachprüfen können, soll ein weitverzweigtes Komplott gegen sie vorliegen haben, an dem auch der Spartakusbund beteiligt sein soll.

Vollzugsauschussfikung der Arbeiter- und Soldatenräte.

Berlin, 12. Dezember. Gestern fand eine vom Volksgesundheitsrat (Groß-Berliner Ausschuss) einberufene Besprechung von Vertretern der A. und S.-Räte der dem Zweckverband Groß-Berlin angehörenden Gemeinden statt. Der Referent Genosse Heller vom Volksgesundheitsrat bemerkte, das vorliegende Material zwingt eine Änderung der einzelnen A. und S.-Räte bei Ausübung ihrer Tätigkeit herbeizuführen. Jeder hätte sich einzelne A. und S.-Räte Einzelungemacht gemacht, so in Neu-Berlin. Wo sollte es hinführen, wenn jeder A. und S.-Rat weitgehende Verfügungen erläßt? Es führt zur Anarchie. Auch in Raziendorf hat man einfach die Gemeindevertretung auseinander gejagt und gerade jetzt, in der Situation, in der wir uns befinden, muß die Gemeindevertretung arbeiten. Die A. und S.-Räte haben das Kontraktrecht, und wenn dieses nicht ausreichend ist, sind entscheidende Stellen im Einverständnis mit der Regierung neu zu besetzen. Die Kosten für den öffentlichen Sicherheitsdienst müssen die Gemeinden tragen. Man ist aber zu bezeichnen, daß einzelne Gemeinden nicht nur für diese, sondern auch für die umliegenden Güter und Ortschaften den Sicherheitsdienst regeln. Hier ist zu empfehlen, daß sie einen Zuschuß vom Kreise erhalten; der übrige Teil müßte im Umlageverfahren von den beteiligten Gemeinden getragen werden. Im weiteren gehen um Klagen zu von eigenmächtigen Beschlagnahmungen der A. und S.-Räte. Diese haben nur gemeinsam mit den in Betrocht kommenden Behörden zu erfolgen. Der Redner ersucht dringend, störende Eingriffe in die Verwaltung zu unterlassen, wenn man nicht die Eigenschaften der Revolution preisgeben wolle. — In der Diskussion erklärte Oberleutnant-Parvierdorf: Man findet sich überhaupt nicht mehr zurecht, wir müssen uns an unsere eigene Organisation halten und gemeinsam die Gesetze machen. Die Parolen sind aufgelöst und die Räte auf die A. und S.-Räte übertragen. Wir dürfen nicht, jagen alles zum Teufel! Man müsse auch an alle weiterliegenden Orte hingehen und dort in diesem Sinne wirken. Die Arbeiter, die die Revolution gemacht haben, haben auch das Recht, den neuen Staat aufzubauen. Es werden von den einzelnen Disziplinardisziplin berichtigende Anträge gestellt, dahingehend, die Landgemeindevorstände sofort aufzuheben. Schließlich wird eine Kommission zur Prüfung der kommunalen Fragen ernannt.

Liebste Kameraden gegen Liebste. Gehen die von uns in Nr. 33a veröffentlichte Erklärung der 88 Kompanie des Erziehungsbataillons 102 protestiert ein Schreiben an uns, das die Unterschriften der Kompanieangehörigen und Mitglieder des Soldatenrats Kameraden Herrn Schäfer und Ernst Hinkelstein trägt. Das Schreiben behauptet, daß der Kamerad Siegfried Jimpel, der Unterzeichner der ersten Fußschrift, nicht beteiligt gewesen sei, im Namen der Kompanie zu sprechen. Wir können dazu nur bemerken, daß die erste Fußschrift an uns ordnungsmäßig Stempel bzw. Unterschrift des Soldatenrates der Kompanie getragen hat, während das Protestschreiben nur zwei persönliche Unterschriften ausweist, so daß aus ihm jedenfalls eine höhere Vertretung der Unterzeichner, im Namen der Kompanie zu sprechen, keinesfalls ersichtlich ist.

Deutsches Opernhaus: „Der polnische Jude“.

Ein lärmender Trummel- und Paukenwirbel leitet das Vorspiel zum ersten Akt ein. Denn die Musik dieser Volksober des Böhmens Karl Weich ist fast auf Wagner eingestellt. Außerdem hat jungitalienischer „Verismus“ — das Wort datiert vom Jahre 1901 — abgefärbt. Jedoch wiegt das melodische Element vor, das besonders in einigen Chören und oberflächlichen Tänzen landschaftliche Form und Gestalt bekommt. Der Text ist nämlich gebaut nach Erdmann-Charakter, der Verfasser von Geburt war. Daher der französische Einfluß: einmal die Traummotiv als Spiegelung des Märdergewissens, das eben von dem Komponisten mit unüblichem Geschick musikalisch-psychologisch auszumärzen versucht wurde. Das übrigens das ständentendenzlose Traummotiv nach dem Muster älterer Pariser Dramatik heute schon etwas naiv anmutet, richtiger als Pseudorealismus empfunden wird, mag so nebenbei bemerkt sein. Felix Rosenfeld hat das zweistellige Werk annehmbar aufgestaltet. Die Anordnung der Hochartgesellschaft im Dorfwirtshaus war hübsch. Jonas Waghalter hielt das Orchester trefflich zusammen. Rudolf Hofbauer gab die Hauptpartie: den Judenwörder Marisa. Er bemühte sich rechtlich und mit Erfolg, ihm psychologisch durch Gespöhl und Gesang beizukommen. In der traumhaften Gerichtsphase trat auch Elvira Herz vorteilhaft hervor. Ihr Sopran bei Schöpfung und Klang. Im übrigen machte die Sängerin mit ihrem Partner Karl Gennert (Gendarmenwachemeister) ein ziemlich klägliches Brautpaar. In kleineren Partien traten noch Jacques Biss und Harry Steger hervor. ek.

Notizen.

Die Theater auf für heimkehrende Krieger ist heute Mittags 11½ Uhr im Kleinen Theater stattfindende Generalprobe von Hans Kraus „Freien Aechten“ unentgeltlich zugänglich. Die Partien sind die Kommandantur aus.
— Vorträge. Im 8. Rathaus-Absatz wird am Sonntag, 17. Ube, in der Berliner Sezession, Kurfürstendamm 232, Dr. Manfred Georg über die „Nationalen Grenzen der Literatur“ sprechen. Die Veranstaltung findet als zweiter Autorenabend statt. Vortragsfolge: Ludwig Strauß, Arno Rodel (Vortrag: Fri. Margot Dirch), Simon Kronberg, S. J. Agnon (Vortrag: Dr. Max Strauß).
— Der Verband Berliner Theaterdirektoren hat an Stelle des bisherigen ersten Vorsitzenden Schulz (vom Metropolitan Max Reinhardt) gewählt.
— Gegen die Kriegsspielläden, die das Gemüt der Kinder zu vergiften gelehrt sind, wendet sich ein Aufruf des Deutschen Frauenbundes für bauernde Frauen. Der Krieg ist kein Spiel und werde nicht dazu.

Die Sitzung des Vollzugsrats.

Berlin, 12. Dezember. Amlich. Der Vollzugsrat trat heute nachmittags 4 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Zu Beginn einigte sich der Vollzugsrat, seine wichtigsten Beschlüsse drucken zu lassen und der Delegiertenversammlung vorzulegen.

Ein Massenflugblatt, das sich gegen die Scharbeit der bürgerlichen Presse wendet, besonders aber gegen die Mannhagener Behauptung, die Entente wolle die A- und S-Mate nicht anerkennen, wird genehmigt.

In längerer Debatte beschäftigt sich der Vollzugsrat mit der Kritik, die in der letzten Soldatenratsversammlung an ihm geübt worden ist. Der Vollzugsrat gesteht den Soldatenräten prinzipiell das Recht zu, über die soldatischen Mitglieder des Vollzugsrats zu entscheiden, und behält den Genossen Bergmann als Beauftragten des Vollzugsrats.

Der Vorsitzende verliest ein längeres Schreiben der Regierung, worin dem Vollzugsrat das Kontrollrecht über die Reichsämter freigegeben wird. In der Debatte betont ein Redner ausdrücklich, daß die Regierung unter keinen Umständen dem Vollzugsrat das Recht der Kontrolle abspreschen könne.

Die Vertreter der Marine stellen fest, daß sie das Reichsmarinematr nicht nur kontrollieren, sondern die gesamte Geschäftsführung in ihren Händen haben. Demgegenüber wird von mehreren Rednern bemerkt, daß die Marine von Anfang an unter besonders günstigen Bedingungen gearbeitet habe, in allen Reichsämtern sei der Grundbesitz der Marine noch nicht durchführbar.

Die endgültige Erledigung dieser Frage wird dem Reichsausschuss überwiesen.

Tagung der deutschen Volksräte in Posen.

In Posen fand am Donnerstag der Vertretertag der deutschen Volksräte der Provinz Posen statt. Die Stadt war mit schwarzweißen Fahnen geschmückt, die deutsche Bevölkerung veranstaltete einen ungeheuren Demonstrationzug, an der Spitze die Soldaten.

Im großen Saal des Zoologischen Gartens traten die deutschen Volksräte der ganzen Provinz Posen zu einer Sitzung zusammen. Professor Herrmann sprach über Notwendigkeit und Ziele der deutschen Volksräte. Er legte gegen das Vorgehen der Polen und deutschen Volksräte, die in den bekannten Beschlüssen des Teilschleier-Landtages ihren Höhepunkt fanden, scharfe Verwahrung ein und forderte den Zusammenschluß aller Deutschen der Provinz ohne Unterschied der Partei. Dieser Forderung schlossen sich Vertreter aus allen Teilen der Provinz an.

An den Rat der Volksbeauftragten, die preussische Regierung und die Wehrstaatskommission, sowie an Wilson wurden Proteste abgefaßt gegen den Versuch, den Entscheidungen der Friedenskonferenz vorzugreifen und einen Staat im Staat zu schaffen.

Darauf wurde ein Provinzial-Vollrat gegründet. Der Wille, das deutsche Volkstum aufrechtzuerhalten, fand während der ganzen Verhandlungen seinen härtesten Ausdruck.

Allgemeiner Streik bei Wertheim.

Der Zentralverband der Handlungsgesellen gibt bekannt: Bei der Firma A. Wertheim konnten Differenzen nicht beigelegt werden. Sämtliche Angestellte und Arbeiter sind deshalb in sämtlichen Häusern in den Streik getreten. Der Anlaß dazu waren längere Verhandlungen wegen der Zahlung einer einmaligen Teuerungszulage in Höhe von 100 bis 500 M. je nach der Dauer der Tätigkeit wegen des geringen Entgegenkommens der Firma scheiterten. Die in den Warenhäusern Beschäftigten, das ist allgemein bekannt, haben in bezug auf die Bezahlung schon immer hinter allen anderen Berufen zurückgeblieben. Auch die obigen Forderungen sind sehr bescheiden. Wir bedauern daher, daß die Firma nicht mehr entgegenkommen gezeigt hat. Die Warenhäuser sind durch die guten Verdienste während der Kriegszeit wohl in der Lage, diese Forderungen, welche nur 1 1/2 Millionen Mark für mehr als 6000 Personen betragen, zu bewilligen. Es ist deshalb auch unverhältnißmäßig, daß es die Firma zu Störungen des Betriebes kommen ließ. Wir zweifeln nicht daran, daß die Sympathien der Bevölkerung auf der Seite der Arbeiter und Angestellten stehen.

In der Versammlung der Metallarbeiterinnen am Grob-Verlins teilte gestern Abend ein Vertreter des Zentralverbandes der Handlungsgesellen den Streikfall mit. Sämtlichen Anwesenden in der Versammlung wurde zur Pflicht gemacht, die Anwesenheit darin zu unterstützen und den Kauf bei der Firma Wertheim nach Möglichkeit zu verhindern.

Über die Steuerfreiheit der Teuerungszulagen wird uns folgendes geschrieben: Als seinerzeit im Abgeordnetenhaus über die Teuerungszulagen für die Staatsbeamten beraten wurde, erklärte der Herr Finanzminister, daß diese Teuerungszulagen steuerfrei sein sollten. Der Forderung der Abgeordneten sämtlicher Parteien, auch die den Privatangestellten gewährte Teuerungszulage steuerfrei zu lassen, folgte der Herr Minister ein unerbittliches Nein entgegen. Nun sind die Verhältnisse inzwischen ganz anders geworden. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Wenn man den Staatsbeamten Steuerfreiheit der Teuerungszulagen gewährt, dann kann man sie doch gerechtweise den Privatangestellten, die in gleicher Weise unter der herrschenden Teuerung leiden, nicht vorenthalten.

Der Neuköllner Arbeiter- und Soldatenrat.

An Stelle der zu gestern einberufenen Neuköllner Stadtberordnetenversammlung, die verlegt werden mußte, tagte nachmittags im Stadtberordneten-Sitzungslokal des Rathauses die Vollversammlung des Neuköllner Arbeiter- und Soldatenrats.

Vor dem Gebäude herrschte während dessen ein heftiges Treiben. Einige hundert Menschen standen auf der Straße. Eine starke Abteilung der republikanischen Soldaten wehrte sich gegen die Ordnung, die durch die Polizei aufgestellt war. Der höflichen Aufforderung der Soldaten folgte, ging das Publikum nach und nach fort. Nach einiger Zeit erschien ein Zug von Männern. Im Zuge wurden Plakate getragen mit der Aufschrift: „Nieder mit dem Dreiklassenparlament!“ Er bewegte sich vor dem Rathause in einer Stärke von etwa 200 Personen hin und her. Nach der Ansprache eines Teilnehmers und einem Hoch auf die Republik zerstreute sich der Zug.

Eine Fraktionsstimmung der Bürgerlichen konnte nicht stattfinden, da die Stadtberordneten vor ihrem Sitzungslokal eine Wache von 6-7 Soldaten vorband, die ihnen den Eintritt versperrten.

Über die Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrats geht uns folgender Bericht zu:

Der Arbeiter- und Soldatenrat für Neukölln trat gestern um 4 Uhr im Stadtberordnetenlokal zu einer Sitzung zusammen. Die Sitzung wurde eröffnet mit einer Ehrung für die Opfer des 8. Dezemb.

Im Bericht über die Tätigkeit des Vollzugsrats schärfte sich den gegen den Magistrat und die Stadtberordnetenversammlung

Ludendorffs verbrecherischer Größenwahn - Deutschlands Unglück. Czernin kennzeichnet die deutsche Militärpolitik als Ursache der Katastrophe.

Wien, 11. Dezember. Der ehemalige Minister des Kaiserlichen Hofes Czernin hielt vor einem aus Politikern und Pressevertretern bestehenden Publikum einen Vortrag über seine Politik während des Weltkrieges, worin er zunächst konstatierte, daß seit dem Eintritt Italiens und Rumaniens in den Krieg, und vor allem seit dem Eintritt Amerikas in den Krieg der „Siegfrieden“ der Mittelmächte noch seiner Ansicht eine Utopie geworden war, welche leider

durch die deutschen Militärs

immer genähert wurde und daß Oesterreich-Ungarn niemals ein Friedensangebot von der Entente erhalten habe. Wohl fanden wiederholt Fühlungsnahmen zwischen den österreichisch-ungarischen und Ententevertretern statt, ohne daß sich diese Fühlungsnahme je zu konkreten Bedingungen verdichtet hätten. Im Prinzip wären nur zwei Möglichkeiten für die Beendigung des Krieges gewesen. Entweder ein allgemeiner Friede, also gemeinsam mit Deutschland, oder ein Separatfrieden. Czernin bekannte offen, daß er niemals einen Separatfrieden geschlossen hätte; erklärte aber, daß er wiederholt den Gedanken ventilierte, Kaiser Karl vorzuschlagen, einen jener Männer an seiner Stelle zu ernennen, welche in der Trennung von Deutschland das Heil erblickten. Seis sei er von diesem Entschlusse abgekommen, weil ein Separatfrieden nach seiner seltenen Ueberzeugung eine physische Unmöglichkeit war. Deutschland hätte, wie dies nachträglich der separatistische Schrift Andrássy bewies, sofort einige Divisionen nach Böhmen und Tirol geworfen und Oesterreich-Ungarn das gleiche Schicksal bereitet, wie seinerzeit Rumänien. Die Monarchie wäre augenblicklich zum Kriegsschauplatz geworden. Am Anner der Reiche hätte solcher Schritt sofort den Bürgerkrieg entfacht.

Czernin schilderte hierauf die Schwierigkeiten des zweiten Vened, nämlich den Frieden gemeinsam mit Deutschland zu machen. Der Redner wies zunächst auf die große Abhängigkeit Oesterreich-Ungarns von Deutschland in militärischer Hinsicht sowie hinsichtlich des vollständig desorganisierten Ernährungswesens der Monarchie hin. Immer war die Situation, sagte der Redner, daß wir

in dem denkbar günstigsten militärischen Moment

einen Frieden hätten vorschlagen können, welcher, mit bedeutenden Opfern verbunden, vielleicht die Hoffnung gehabt hätte, von den Feinden angenommen zu werden. Die deutschen Militärs aber wurden, je glänzender ihre Erfolge waren, desto anpruchsvoller, und es war unmöglich, sie zu solcher Verzichtslosigkeit zu bewegen. Die Zukunft werde beweisen, welche übermenschlichen Anstrengungen Oesterreich-Ungarn gemacht habe, um Deutschland zur Nachgiebigkeit zu veranlassen. Wenn sie alle mißlingen, lag die Schuld nicht an dem deutschen Kaiser,

sondern die Schuld lag bei den führenden deutschen Militärs,

die eine Nachhilfe an sich gefressen hätten, wie sie in der Geschichte beispiellos ist und deren marionettene Persönlichkeit Ludendorff war, der ein politisches Gegengewicht gebracht hätte, wie es Rolke seinerzeit in Bismarck beiseite habe, das aber in der Berliner Wilhelmstrasse nicht vorhanden war.

Czernin verlas das Exposé, welches er im April 1917 Kaiser Karl unterbreitete. In diesem Exposé führte Czernin aus, daß im Späthommer oder Herbst 1917 mit Rücksicht auf das zur Reize gehende Rohmaterial zur Munitionserzeugung, auf das vollständig erschöpfte Rohmaterial und die dumpfe Verzweiflung der unterernährten Volksschichten

um jeden Preis Schluß gemacht

werden müsse, und daß an die Entente im Augenblick heranzutreten werden müsse, wo ihr die ersehnte Statt der Feinde noch nicht zu vollstem Bewußtsein gekommen sei. Czernin bezeichnete die großen Hoffnungen Deutschlands auf den Unterseebootskrieg im Exposé als irragisch und wies darauf hin, daß er den Auftrag Kaiser Karls, Deutschland wissen zu lassen, daß es auf Oesterreich-Ungarn über den Späthommer hinaus nicht mehr werde rechnen können, ausgeführt habe. Auf dies vom 12. April datierte Exposé traf die vom 8. Mai datierte Antwort ein, in welcher die deutsche Regierung neuerdings das absolute Vertrauen in das Gelingen des Unterseebootskrieges betonte, die prinzipielle Bereitwilligkeit zu Friedensschritten zwar auszusprechen, jedoch vor Schritten warnte, welche als Schwäche gedeutet werden könnten. An territoriale Opfer Deutschlands war nicht zu denken.

Oesterreich-Ungarn beschränkte sich aber nicht auf Worte allein, es erklärte in Wien im Jahre 1917, daß Kaiser Karl bereit sei, Galizien mit Polen bereinzigen zu lassen, sowie für eine Angliederung Polens an Deutschland alles zu tun, falls Deutschland durch territoriale Konzessionen im Westen den Frieden ermbiligt.

Oesterreich-Ungarn stieß auf ein „Non possumus“ (Wir können nicht) und die Antwort Deutschlands, territoriale Konzessionen an Frankreich seien ausgeschlossen. Czernin schilderte weiter seine Bemühungen zur Durchsetzung der bekannten

lung geführten Kampf um die Gemeindeverwaltung. Nur widerstehend habe der Magistrat eingewilligt, daß an seinen Sitzungen drei Mitglieder des Vollzugsrats teilnehmen sollen. Auch bei der Einsetzung von Kontrolleurinnen für die Volksräte sei man auf Widerstand gestoßen. Das Personal habe die anfänglichen Streikabsichten schließlich aufgegeben. Auch kam zu dem Schluß, daß die aus Dreiklassenwahlen hervorgegangene Stadtberordnetenversammlung keine Existenzberechtigung mehr habe. Er berichtete auch über das vom Vollzugsrat beschlossene Verbot der Mietssteigerungen und Wohnungsveränderungen. Das Verbot richtete sich gegen den Mieter, und wer es übertrete, den werde man zu fassen wissen.

Beim Berliner Arbeiter- und Soldatenrat hat der Neuköllner Arbeiter- und Soldatenrat eine Reihe von Anträgen eingereicht, die in der Hauptsache folgendes fordern: Der Arbeiter- und Soldatenrat ist die über die Tätigkeit des Magistrats verfügende und ihn kontrollierende Körperschaft; er hat auch die Polizeiwacht und die Kontrolle über das Militär. Die aus dem Dreiklassenwahlrecht hervorgegangene Stadtberordnetenversammlung darf nicht mehr laien; an ihre Stelle tritt der Arbeiter- und Soldatenrat. Die Sitzungen des Magistrats sind dem Arbeiter- und Soldatenrat zum Zweck der Teilnahme bei Vermeidung von Strafe oder Entlassung rechtlich bekanntzugeben. Die Räte der Weisheit der Reichsversammlung wird von zwei stimmberechtigten Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrats verneht. Jede Mietssteigerung und Kündigung ist für die Uebergangszeit innerhalb eines Jahres verboten; Ausnahmen sind nur mit Zustimmung des Mietsleistungsausschusses zulässig. Die aus dem Kriegsdienst entlassenen Krieger erhalten von den Reichsbehörden ansehnliche Entlohnung und Vergütung, bis ihre Existenz wiederhergestellt ist. Für alle übrigen Arbeiterlosen in der Kommune sind sofortige Arbeitsbeschäftigungen zu beschaffen. Alle Staats-, Kommunal- und Privatbetriebe haben die Befähigung der Arbeitslosen auf vier Stunden und mehrere Schichten einzuführen. Die Arbeitslosen sind auszubilden und zu vermehren. Die Einzelkasselle ist behördlichlich durchzuführen. Nach Abschluß: Wir haben bisher getan, was wir tun konnten. Wir können nicht alles tun, was wir wollten. Wir haben nicht die Waffengewalt, die wir gegenüber den herrschenden Gewaltverhältnissen brauchen. In der Diskussion wurde behauptet, die

Friedensresolution im Deutschen Reichstage,

ferner ausdrücklich den Gang der Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk, wo das Prinzip „keine Annexion“ durchgedrungen wäre, wenn die Entente damals zu einem allgemeinen Frieden bereit gewesen wäre, wo aber Czernin in volle Abhängigkeit von den deutschen Unterhändlern dadurch geriet, daß er während dieser Verhandlungen gezwungen war, die Hilfe Deutschlands zur Behebung der besonders akut gewordenen Ernährungsschwierigkeiten in Oesterreich-Ungarn zu erbitten. Den deutschen Unterhändlern gegenüber konnte der Gedanke, daß Oesterreich-Ungarn gegebenenfalls mit Rußland einen Separatfrieden schließen würde, nicht ausgespielt werden, wollte man nicht die deutsche Lebensmittelfürsorge gefährden, um so weniger als der Vertreter der deutschen Obersten Heeresleitung damals erklärte, es sei gleichgültig, ob Oesterreich-Ungarn Frieden mache oder nicht, Deutschland werde unter allen Umständen nach Petersburg marschieren, falls die russische Regierung nicht nachgäbe.

Czernin führte weiter aus, daß die in Brest angeknüpften Kompromißverhandlungen daran scheiterten, daß Rühlmann von der deutschen Obersten Heeresleitung zu raschem Vorgehen gezwungen

wurde. Ludendorff erklärte, die Verhandlungen mit Rußland müßten binnen drei Tagen zu Ende sein. Rühlmann erhielt den strikten Auftrag, sich nicht nur mit den bisher von ihm verlangten Abtretungen zu begnügen, sondern auch nach Abtretungen des unbefestigten Gebietes Ostpreußen und Ostlands zu verlangen.

Der Redner erörterte schließlich die Ursachen, die Oesterreich-Ungarn zwingen, den unglückseligen U-Bootskrieg mitzumachen, und konstatierte, daß Bethmann Hollweg sich lange ablehnend verhielt und mit allen Mitteln und Argumenten sich dem U-Bootskrieg widersetzte, schließlich jedoch unterlag, wie in diesem Kriege alle Politiker den Militärs unterlegen sind. Die deutsche Mobilisierung des U-Bootskrieges ging nicht so sehr darauf hinaus, England durch Hunger zu besiegen, sondern gipfelte darin, daß die Westfront nicht zu halten sei, wenn die amerikanischen Munitionstransporte nicht versenkt würden, daß also ein rein technisch-militärisches Moment in den Vordergrund geschoben wurde. Da die Vernichtung des U-Bootskrieges die Regierung Oesterreich-Ungarns zu einem tiefsten Konflikt mit Deutschland geführt hätte, gab es mit schwerem Herzen seine Einwilligung, nicht gewonnen durch Argumente, aber gezwungen durch die Ohnmacht, anders handeln zu können.

Mag sein, daß Czernins Anklage dem Bedürfnis entsprengen ist, sich selbst zu rechtfertigen. Sicher ist die Rechtfertigung nur halb gelungen, denn auf Czernin lastet derselbe Vorwurf wie auf Bethmann Hollweg, der Vorwurf unheilvoller Schwäche gegenüber der militärischen Ober- oder vielmehr Hauptregierung. Aber ziehen wir in seinen Darlegungen alles ab, was auf Konto dieses Zwangs zu setzen ist, dann bleiben die Ausführungen Czernins noch immer eine furchtbare, eine zerschmetternde Anklage gegen Ludendorff und die militärische Diktatur. In voller Voraussicht des Zusammenbruchs Oesterreich-Ungarns haben diese vom Größenwahn verblendeten Gewaltmänner die Fortsetzung des Krieges im Bunde mit den Alldeutschen erzwungen und den Friedensschluß im Augenblick des militärischen Erfolgs vereitelt. So kam es denn schließlich zum Frieden angefaßt der militärischen Niederlage. Jetzt wird vielleicht erst manchen klar, welchen furchtbaren Kampf die deutsche Sozialdemokratie im Jahre 1917 gegen die alldeutsche Militärpolitik zu führen hatte. Die Dinge öffentlich auszusprechen war durch die Zensur fast unmöglich gemacht; die alldeutsche Presse durfte dagegen täglich über uns als „Flaumacher“ und „Nehmacher“ höhnen, wenn wir auch nur von ferne die Dinge anzudeuten suchten, die niemand besser wußte als Ludendorff selber. Alles hat damals die Sozialdemokratie darangelegt, um einen billigen Vergleichsfrieden herbeizuführen, den Deutschland zu diesem Zeitpunkt ohne Niederlage hätte haben können. Die größtmöglichen Generale und ihre siegestrunkenen Gefolgschaft von alldeutschen Professoren, Landräten, Junkern, pensionierten Offizieren hat es verhindert. Sie trifft die furchtbare Verantwortung für die Niederlage und die jetzige Zerschmetterung Deutschlands. Sie haben die Gefahr mit offenen Augen herankommen sehen und das Volk weiter in den Krieg gekehrt. Der Hauptschuldige ist nach Schweden geschickt; er hat sich feige der Verantwortung für seine an Landesverrat grenzende Politik entzogen. Aber es sind noch Mitschuldige genug in Deutschland, die vor Gericht gestellt werden müssen und deren Verbrechen nach Sühne und Genugthuung schreit.

Beamten der Stadt wollten ihre Kiemer niederlegen, wenn der Arbeiter- und Soldatenrat es weiter so treibe. Das sollen sie nur tun, die Arbeiterschaft könne selber deren Arbeit leisten.

Der Bericht der Verichts-Kommission gab Schönebeck. Sie habe nach einigem Widerstand den geforderten Einblick in die Verichtsakten erhalten und danach Entlassungen angewandt. In der Diskussion stellte Günther mit, der Polizeipräsident Wechseler habe am Revolutionstage die Akten der politischen Polizei verbrennen lassen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat nahm eine Reihe von Anträgen an, hauptsächlich die folgenden: Namen und Wohnungen der Personen, bei denen größere Vorräte Lebensmittel und sonstige Waren beschlagnahmt wurden, sollen veröffentlicht werden. Die Lebensmittel sollen Arbeitslosen oder arbeitsunfähigen Kriegsteilnehmern überwiesen werden. Aus den beschlagnahmten Stoffen sollen Winterkleider für Weisen angefertigt werden. Der Arbeiter- und Soldatenrat fordert von der Reichsregierung einen Erlaß, daß Staats- und Gemeindebeamte, die wegen Vergehen zur Disposition gestellt wurden, kein Gehalt und keine Pension erhalten.

Vorgelegt wurde eine Resolution: Der Arbeiter- und Soldatenrat Neuköllns spricht der jetzigen Regierung seine schärfste Mißbilligung für ihre zweifelhafte und schwankende Haltung aus. Er fordert die sofortige Annullierung der Sozialistierung der Renten und Großbetriebe und des Wohnens, ferner die sofortige Aufhebung aller noch bestehenden, aus dem Dreiklassenparlament hervorgegangenen Gesetze und ihre Ersetzung durch neue, aus dem Geist der Revolution geschaffenen Gesetze, deren Ausführung dem Arbeiter- und Soldatenrat zu übertragen ist. In der Diskussion erbob ein Redner Einspruch gegen die Forderung „sofortiger“ Sozialisierung, da sich diese nicht so ohne weiteres durchführen lasse. Schönebeck erwiderte, es handle sich zunächst nur um eine „Annullierung“. In fünf Wochen habe die Regierung noch nichts getan. Tue sie nicht, was gefordert wird, so müsse sie hinweggefegt werden. Die Resolution wurde schließlich unbeschlossen angenommen.

Am Laufe der Sitzung erklärten verschiedene Redner, daß die Bedeutung über die Tätigkeit des Neuköllner Arbeiter- und Soldatenrats sich unterrichte sei. Beschlüsse wurde, die Anträge des Vollzugsrats durch Maueranschläge bekanntzugeben.

Gewerkschaftsbewegung

Das Bankgewerbe und seine Angestellten.

Die Revolution hat auch im Bankgewerbe den gesamten Fragenkomplex des Arbeitsverhältnisses aufgerollt. In dem rein kapitalistisch orientierten Obrigkeitsstaate bildeten die Bankleitungen mit souveräner Verachtung auf ihre Angestellten. Sie ignorierten höhnlich deren Organisationsbestrebungen oder beantworteten sie, wenn sie ihnen un bequem wurden, mit Maßregelungen.

Darin Wandel zu schaffen, war eine der ersten Aufgaben, die sich die gewerkschaftliche Organisation, der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten, in der Geburtsstunde der Revolution stellte. Nach den ersten Revolutionskämpfen schlug den Bankleitungen das Gewissen. Sie erklärten sich bereit, mit dem Verband über alle Fragen des Arbeitsverhältnisses in den Großbanken zu verhandeln und mit ihm gemeinsam eine Lösung zu finden, die den verändernden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen gerecht würde. Hinter dem Rücken der gewerkschaftlichen Organisation über suchten und fanden die Herren dann Anknüpfung an den gelben Deutschen Bankbeamtenverein. Wie immer trat dieser auch jetzt auf den Plan, um mit der wüsten Montagochristen Hege den furor teutonico, der während des Krieges freis von ihm genährt wurde, noch einmal aufzuspielen. Die Herren Direktoren übernahmen den anderen Teil der Arbeit. Sie verwendeten sich ihrerseits mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre, bei allen gesellschaftlichen Körperschaften dafür, daß die gelbe Organisation zu den Verhandlungen über den Normal-Arbeitsvertrag nur ja zugezogen würde.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten hat demgegenüber unweidlich von allen Nachschüssen der Gelden und ihrer Schutzherrn sein gewerkschaftliches Programm hochgehalten. Bankleitungen wie Volkspartei gegenüber vertritt er nach wie vor mit aller Entschiedenheit den Standpunkt, daß die Verhandlungen über das Arbeitsverhältnis in den Großbanken sich auf der Basis abspielen sollen, daß auf der einen Seite die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft, auf der andern Seite die organisierten Arbeitgeber über den zu schaffenden Arbeitsvertrag zu ringen haben. Alle gelben, hanfblinderlichen und ähnliche Tendenzen will er von den Verhandlungen ausgeschaltet sehen. Hierbei weiß der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten sich im Einklang mit dem Räte der Volksbeauftragten und dem Volksgesetzrat des Arbeiter- und Soldatenrats, ebenso wie mit der überwältigenden Mehrheit der Angestellten. Die Wahlen zu den Betriebsangestelltenräten in den Banken haben dies unabweislich bewiesen. Alle gegenteiligen Nachrichten, die von Seiten der Direktionen jetzt geschildert in der Presse verbreitet werden, sind nur ein weiteres Mandat, auf dem bereits geschiedenen Wege die Angestellten irreführen und sie der gelben Organisation und ihren im Entschieden begriffenen Fiktionen, den gelben Werkvereinen in die Arme zu treiben, um sie dort wieder mundtot zu machen und zu vergewaltigen.

Den Arbeitnehmern des Finanzkapitals ist in die eigene Hand gegeben, ob sie gelernt haben zu schwimmen, oder ob sie in der gelben Flut versinken, die sie jetzt umbrannt.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten darf nach seiner jahrelangen Aufklärungsarbeit die stolze Erwartung aussprechen, daß Irrführungen und Gefahren zum Trotz, alle Versuche der Gelden und Direktionen scheitern werden an dem gesunden Sinn der Bankangestellten, den in der vorrevolutionären Zeit grobgezogen zu haben wahrlich nicht sein kleinstes Verdienst ist.

„Grobe Täuschung der Angestellten.“

Vom „Freien Angestellten-Verband“, Geschäftsstelle Berlin-Weissenhof, erhalten wir eine Entgegnung auf die in der Nr. 330a des „Vorwärts“ vom 7. Dezember erschienene Notiz, die obige Ueberschrift trug. Die Entgegnung bestreitet, daß der „Freie Angestellten-Verband“ eine grobe Täuschung der Angestellten beabsichtige. Er wolle lediglich die Angestellten sämtlicher Richtungen zu einer politischen Organisation zusammenfassen, bei welcher die Mehrheit für die einzuschlagende Richtung maßgebend sein wird. Die Organisation bekämpfe also nicht bestehende Angestellten-Organisationen, sondern verführe, neben dem Zusammenschluß derselben die bisher uninteressierten heillos sitzenden Kollegen zur politischen Betätigung im Berufsinteresse heranzuziehen.

Die Verdächtigung gegen die Gründer des Verbandes, daß diese es nur auf die Beiträge der Mitglieder abgesehen hätten müßte auf das energischste zurückgewiesen werden. Die Gründer des „Freien Angestellten-Verbandes“ seien Angestellte der verschiedensten Richtungen, die ihre Funktionen innerhalb des Verbandes ausschließlich ehrenamtlich ausübten. Wollte, so heißt es am Schluß der Entgegnung, der Zentralverband der Handlungsgehilfen“ aus diesem Grunde die gute Absicht ableiten? Derlei sollte vielmehr auch sein Teil an dem guten Willigen dieses großen Werkes beitragen, denn durch die Vereinigung der Angestellten aller Richtungen wird keine Zerplitterung, sondern ein noch engerer Zusammenschluß der deutschen Angestelltenwelt erstrebt.

In dieser Entgegnung sei folgendes bemerkt: Die bisherigen Feststellungen über die „Gründer“ dieser Organisation haben er-

geben, daß ein deutschnationaler Handlungsgehilfe an ihrer Spitze stand. Geldgeber ist die Demokratische Volkspartei, der es lediglich darauf anzukommen scheint, die leider noch zahlreichen indifferenten Handlungsgehilfen für ihre politischen Interessen einzufangen. Daß der sonderbare Zusammenschluß zur politischen Betätigung im Berufsinteresse — freich im politischen Interesse einer gewissen Partei — mit aller Verbe betrieben werden soll, darauf deutet ja auch eine in Wäde in Aussicht genommene Kundgebung, für die Herr Fernburg als Referent in Aussicht genommen ist. Die vom Zentralverband der Handlungsgehilfen an die Berufsgenossen gerichtete Mahnung: „Augen auf und Tischnen zu!“ war daher durchaus am Platze.

Zu dem widersprechenden Bericht in der Presse über Differenzen der Arbeiterkassette des Siemens-Konzerns.

Stellt der dortige Arbeiterrat folgendes fest: Nach der Vereinbarung über den Ausgleich der Verdienste auf 46 1/2 Stunden sind erneut Forderungen der Direktion unterbreitet worden. Da eine Verständigung über diese Forderungen mit der Direktion nicht erzielt werden konnte, hat eine Versammlung der Vertrauensleute und Delegierten der Abteilungen dazu Stellung genommen und beschlossen, vom 10. 12. 18 ab in passiver Resistenz zu treten, und die Kommission beauftragt, mit der Reichsregierung zwecks Beilegung der Differenzen in Verbindung zu treten. Nachdem nun in einer erneuten Versammlung der Volksbeauftragten Partei Bericht erstattet hatte, wurde gegen wenige Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Da durch widersprechende Berichte nur Annäherung unter die Arbeiterkassette getragen wird, eruchen wir die Presse vor Veröffentlichung aller künftigen Berichte sich mit dem bestehenden Arbeiterrat des Siemenskonzerns in Verbindung zu setzen. Der Arbeiterrat des Siemenskonzerns.

Die Buchhandlungsgehilfen der Firma E. S. Mittler u. Sohn stellen Forderungen.

Wie aus einer uns übermittelten Darstellung hervorgeht, schwanken die Monatsgehälter der bei dieser Firma beschäftigten Buchhandlungsgehilfen (einschließlich zwei Teuerungszulagen!) zwischen 100 und 250 M.; sogenannte Abteilungsleiter erhalten mehr. Das Durchschnittsgehalt aller Buchhandlungsangestellten (einschließlich Prorata) beträgt 200 M. — Nun hat sich endlich die Gehilfenschaft organisiert. Der Angestelltenausschuß hat sich mit dem Arbeiterausschuß zu gemeinsamer Arbeit vereinigt und im Auftrage aller Buchhandlungsgehilfen der Geschäftsleitung folgende Forderung unterbreitet: 1. Antrag betr. Kleidergeld als einmalige Zulage: für Verheiratete, über 1 Jahr im Betriebe, 400 M., für alle Ledigen, über ein Jahr im Betriebe 300 M., für alle andern Angestellten 200 M. Das Kleidergeld soll noch vor Weihnachten ausbezahlt werden. 2. Antrag betr. laufende Gehaltszulagen: für alle mindestens fünf Jahre im Betriebe tätigen Personen bei einem Gehalt bis zu 300 M. 30 Proz., bei einem Gehalt von 300 bis 400 M. 20 Proz., bei einem Gehalt über 400 M. 10 Proz. Alle übrigen Angestellten erhalten 20 Proz. vom Gehalt. Die bisher gewährten Teuerungszulagen sollen zuge Gehalt geschlagen werden. Die laufend zu gewährenden Zulagen sollen vom 1. Dezember 1918 ab in Kraft treten. 3. Antrag betr. Arbeitszeit: die Arbeitszeit einschließlich der Pausen soll auf 8 Stunden festgesetzt werden. Neben- und Sonntagsarbeit sollen fort. Nachträglich werden noch gefordert Rücknahme der bereits erfolgten Kündigungen, Einstellung von Kriegsteilnehmern, die vor dem Kriege im Geschäft tätig gewesen sind.

Diese Forderungen sind beiseiten im Vergleich zu den Forderungen, die den Kollegen anderer Firmen gewährt worden sind. Der Firma E. S. Mittler u. Sohn erscheinen sie jedoch überaus unbedeutend und deshalb undiskutabel. Die Firma motiviert die Ablehnung mit der schlechten Geschäftslage, in die der Militärverlag geraten ist. Gewiß, die Zeit ist unruhig, aber eine Willkürfirma, die 120 Jahre existiert, macht nicht Pleite, wenn sie einmal zur Vinderung dringender Not etwas tiefer in die Kasse greift. Die Firma hat im Laufe der vielen Jahre gerade durch die schlechte Entlohnung der Arbeiter Millionen verdient. — Die Gehilfenschaft wird von ihren Forderungen keinen Schritt zurückweichen und so hat es den Anschein, als ob es in der Kassestraße in den allernächsten Tagen zu einem Lohnkampf kommen wird.

Versammlung von 2000 Reinmachefrauen.

Die Reinmachefrauen der Kriegsgesellschaften und Reichsbehörden hielten am Donnerstag Morgen im „Deutschen Hof“, Ludwiger Straße, eine Versammlung ab, um gemeinsam über ihre Lage zu beraten. In den vielen Abteilungen der Kriegsgesellschaften und Reichsbehörden werden grundverächliche Löhne gezahlt, und zwar sind 40 Pf. pro Stunde keine Seltenheit. Die Reichsbehördenstelle hat ihren Betrieb einem „Unternehmer“ übergeben, der sich eine Reihe von Frauen angenommen und diese dort beschäftigt. Fehlen Frauen in diesem Betrieb, dann holen die andern die Arbeit mit zu verrichten, erhalten aber keine Bezahlung dafür. Hier

beträgt die Teuerungszulage für diejenigen, die zweimal am Tage kommen, vierteljährlich 2 M., die nur einmal am Tage kommen, erhalten 1 M. Mit der Beilegung der Mißstände haben die Frauen den Verband der Hausangestellten betraut. Folgende Entschliebung fand einstimmige Annahme:

Die am 12. Dezember im Deutschen Hof versammelten circa 2000 Reinmachefrauen der Kriegsgesellschaften und Reichsbehörden erhoben Protest gegen die ungenügenden Teuerungszulagen, die ihnen gewährt oder versprochen worden sind.

Sie beanspruchten ohne Rücksicht auf die Dauer der Tätigkeit in einem Betriebe 250 M. einmalige Teuerungszulage sowie 10 Prozent für jedes Kind.

Außerdem verlangen sie eine erhebliche Erhöhung ihres Lohnes und beauftragen den Zentralverband der Hausangestellten mit der Vertretung ihrer Lohnforderungen. Die Reinmachefrauen verlangen den freien Sonntagsnachmittag unter Bezahlung der in dieser Zeit bisher gearbeiteten Stunden.

Die Versammelten gelobten, daß sie nicht ruhen werden, ehe nicht die letzte Reinmachefrau im Zentralverband der Hausangestellten organisiert ist.

Ueber unzureichende Bezahlung in der Abteilung des Adreßbuches bei Scherl

führen die technischen Hilfsarbeiter lebhafte Klage. Dieselben erhalten pro Tag bei 8-stündiger Arbeitszeit 4 bzw. 4,25 M., außerdem für die angefangene Ueberstunde 65 bzw. 75 Pf., so daß der Arbeitslohn bei vergangenen Sonntagen noch Abzug der üblichen Beiträge zur Kranken- und Invalidenkasse 83,20 M. bzw. 80,50 M. betrug. Durch das Ausfallen der Ueberstunden verringert sich diese Summe jetzt wesentlich. Trotz Vorstellungsverweigerung bei der Leitung des Verlages ist bis heute keine Klärung eingetreten, eine Erhöhung des Lohnes wurde ohne weiteres abgelehnt. Der Lohn der Angestellten ist wesentlich höher und das mag auch der Grund sein, weshalb die letzteren für eine gemeinsame Aufbesserung der Löhne nicht zu haben waren.

Die technischen Hilfsarbeiter, die dieselbe Arbeit zu leisten haben, wie die Angestellten, haben es sich selbst zugesprochen, daß sie noch so erbärmlich bezahlt werden. Warum suchen sie nicht den Anschluß an eine moderne Gewerkschaftsorganisation; sie würden sich ihrer Interessen bald mit Erfolg annehmen. Wer aber in der gegenwärtigen Zeit noch die Organisationen entbehren zu können glaubt, kann auf bessere Entlohnung seiner Arbeitskraft nicht rechnen.

Der Bund der Eisenbahnbeamten, Bezirk Berlin, veranstaltet am Freitag, den 13. Dezember, abends 8 Uhr, im Kaiserhof des „Reinhold“, und am Sonntag, den 15. Dezember, vormittags 10 Uhr, in den Sophienböden zwei Versammlungen zur Stellungnahme über Tagesfragen. Die Vorträge behandeln: 1. Die dringenden Forderungen der Eisenbahnbeamten in der Gegenwart. 2. Beamtenausschüsse, Arbeiterräte, Betriebsräte (Angestelltenausschüsse). 3. Beamtenorganisationen.

Freier Angestelltenverband. Die „Arbeitsgemeinschaft freier Angestellterverbände“, die alle gewerkschaftlichen Organisationen der Handlungsgehilfen, Techniker, Bureauangestellten und Büchsenangestellten umfaßt, macht darauf aufmerksam, daß sie mit einer in diesen Tagen erfolgten Gründung eines sogenannten „Freien Angestelltenverbandes“ in keinerlei Zusammenhang steht. Die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellterverbände befindet sich noch wie vor: Berlin N.W. 92, Berolstr. 7, Fernsprecher: No. 7810/7811.

Parteinachrichten.

Zur Frage der Wahlkollid

Zwischen den Unabhängigen und Reichheitssozialisten bemerkt in einer Polemik gegen das Organ der Hamburger Unabhängigen „Notiz Blätter“ das „Hamburger Echo“ u. a. folgendes:

„Wir beharren auf unserem Standpunkt, daß gemeinsame Listen zweier Organisationen für uns unmöglich sind. Wir wollen nicht die U. S. auf den Schultern unserer Klassen zu den gewöhnlichen Kandidaten tragen. Die Beispiele von Dresden und Chemnitz reden doch wohl eine verständliche Sprache. Und Wilhelm Dittmann, ein alter Kenner der Organisationsverhältnisse hat diese Sprache ja auch deutlich verstanden. Wir sind aber dafür, daß eine Vereinbarung über Verbindung der Listen der beiden Parteien und Gruppen getroffen wird. Und unsere Verbindlichkeit geht schließlich auch noch darüber hinaus: wir sind für gemeinsame Front mit gemeinsamen Listen, dann aber nur in einer einheitlichen Organisation. Und die wird genau wie die gemeinsame Wahlliste vom Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokraten — nicht von uns — abgelehnt.“

Verantwortlich für Politik: Erich Kauter, Berlin; für den äußeren Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neufahrer; für Anzeigen: Theodor Wöhrle, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Preis: 1 Blatt.

Breite Straße Rudolph Herkog - Berlin G2 Brüderstraße

Knaben-Kleidung

Schlupf, Jacken und Joppen-Anzüge, Knabenhosen, Ueberjacken, Ueberzieher

Damen-Kleidung

Mäntel, Jackenkleider, Kleider, Kleiderröcke, Hüten, Moränröcke und Unterröcke

Mädchen- und Knaben-Mützen

Herren-Kleidung

Herren-Anzüge, Westen, Ueberzieher, Pelze, Herren Hüte, Mützen

Herren-Wäsche

Oberhemden, Kragen, Stulpen, Vorhemden, Herren-Krawatten, Selbstbinder von 6.20 an

Umändern und Wenden von Damen-, Herren- und Kinder-Bekleidungsstücken. Neuanfertigungen bei Materialzuge

Sonntag, den 15., und Sonntag, den 22., sind die Verkaufsräume von 12 bis 5 1/2 Uhr geöffnet.

Pelzwaren

Wie Skunks, Marder, Nerz, Alaska, Blau- u. Kreuzfuchs, Herren-Gehpelze, Reiser-, Wagenpelze. Große Auswahl in Herren-Sportpelzen. — Ankauf und Verkauf Brillanten, Uhren, Ringe, silb. Taschen usw. Beilegung jeder Wertsache.

Leihhaus Moritzplatz 58 a.

Weihnachts-Zigarren!

100 Stück 45-50-60-70-80-100 Mk.
Zigaretten P, 100 Stück 18 Mk.
Kautabak - Ersatz (reinen Tabakstamm enthaltend), 10 Rollen 8 Mk.

Rauchtabak!

50% reintabakhaltig, 50 gr 60 Pf.
80% rippenhaltig, 50 gr 1.20 Mk.
Zigarettenstamm, 50 gr 6 Mk.
an Selbstverbraucher.

Walter Gieseler, Dessau-V.

Spezial-Abteilung

Uniformfärben, in Zivil umarbeiten

1480° in 8 Tagen.
Wenden - Umarbeiten - Neuarbeiten in Herren- und Damengarderobe in 3 Tagen.
Große Stoffauswahl - Stoffaufnahme.
Fertige Modell-Anzüge - Winter-Westen
Pelz-Ausstellung - Pelz-Umarbeitungen.

Basch & Buczkowski,
Zentr. 7119 Friedrichstraße 68 I. Zentr. 7119
Herenentlassene in 24 Stunden.

Schreibmaschinen,

(sowie Farbbänder, Kohle und Durchschlagpapier in großer Auswahl. Eigene Reparaturwerkstatt f. alle Systeme.)
233-11* Spezialhaus Alex. Friedrichstr. 187/188.

Kluge Hausfrauen!

haben schon jetzt ihren Bedarf in „Bianbal“ als einlangt reprobiertes und bewährtes Produkt.
„Bianbal“ ist sofort „Bianbal“ als eisernen Bestandteil in allen einstufigen Geschäften.
Ständige Spezialproben bei G. Wetheim, Pelzgeschäft, Straße, und Rosenfelder Straße, Kaufhaus des Westens.

Bianbal-Bei. für Deutsche Spille-Wärzen.
Berlin W 95. 212 17

Schuhputz

wird immer gebraucht. — Sommerabend meist Sud. Guter Verdienst im Straßenhandel. + + + + +
+ + + + + Defekte, gut eingelebte Schuhe.

Chemische Fabrik Urban & Böhm
Berlin, Göpenicker Str. 115.

Schreibmaschinen

last alle Systeme in jeder Preislage sofort versandbereit. Großes Lager in Durchschlag- und Kohlenpapieren s- wie Farbbändern, Vervielfältigungs-Apparaten und deren Zubehör.

Reparaturwerkstatt für alle Systeme.

Berliner Schreibmaschinen-Gesellschaft,
Lolpzoer Str. 19 (Zentrum 921, 923, 925).

Tatkräftige Persönlichkeiten

bei den Dringenden aller politischen Parteien, die auf dem Boden der Revolution leben, zur Propaganda für die großdeutschen Schwarz-Rot-Goldenen Nationalfarben **geht!**

C. Pose, Berlin O 34, Boxhagener Str. 16 a.

Rednerisch begabte Verkäufer

für den Verkauf von Schwarz-Rot-Goldenen Fahnen an Privat.

und Gehilfen, auch für den Straßenhandel, Unterführung durch Refektor!

geischt!
4405 C. Pose, Berlin O 34, Boxhagener Str. 16 a.

